



ABFSchweiz

Aktionsbündnis freie Schweiz

Was die Teilrevision des Epidemiengesetzes mit der «Aufarbeitung der Covid-19-Pandemie» zu tun hat

Die Teilrevision des Epidemiengesetzes (EpG) (1) wird von der Politik als notwendige Folge und «Lehre aus der Pandemie» dargestellt. Doch hinter dieser vermeintlichen Aufarbeitung verbirgt sich nichts anderes als ein politisches Vorgehen, das der Sicherung von Macht und der Ausweitung von Kontrolle dient. Eine wirkliche Aufarbeitung der Massnahmen ist nie geschehen, und selbst der Ergebnisbericht zum Vernehmlassungsverfahren EpG (2), der mit 1.5 Jahren Verspätung präsentiert wurde, stellt diese Aufarbeitung auf keine Weise dar.

Ein Jahr und mehr: Keine Aufarbeitung, kein unabhängiger Bericht

Die Botschaft der Revision des EpG (3) spricht von der «Notwendigkeit, Lehren aus der Pandemie zu ziehen». Ein echter Lernprozess setzt die Bereitschaft voraus, eine umfassende Aufarbeitung der Covid-Massnahmen vorzunehmen. Fakten und Daten dazu sind heute weltweit verfügbar. Zu einer umfassenden Aufarbeitung gehört es auch, Fehler einzugestehen und kritische Fragen zu stellen. Wo bleibt der unabhängige Bericht, der die wirtschaftlichen Verluste durch die Lockdowns, die Auswirkungen der Impfungen, die psychosozialen Folgen der Maskenpflicht und von Schulschliessungen aufzeigt?

Es gibt keinerlei Evaluierungen, die den tatsächlichen Nutzen und die schwerwiegenden Folgen der politischen Massnahmen hinterfragen. Was stattdessen zu sehen ist, ist der Versuch, Notstandsgesetze langfristig zu verankern und damit dem Staat Instrumente in die Hand zu geben, mit denen er in zukünftigen Krisen jederzeit ohne Rücksicht auf demokratische Prozesse durchgreifen kann.

Keine echten Lehren aus der Pandemie gezogen

Wie konnte es so weit kommen, dass die Politik bis heute keine objektive Bilanz zieht, weder über die Schäden, noch über die positiven oder negativen Auswirkungen der Massnahmen? Wo ist die öffentliche Diskussion über die Gesundheitsschäden durch Masken, die psychischen Folgen von Lockdowns,

die zerstörerischen Effekte der Schulschliessungen oder die verheerenden sozialen Folgen? Wenn wir wirklich aus der Pandemie lernen wollen, dann müssen wir diese Schäden benennen und wissenschaftlich aufarbeiten.

Die EU-Arzneimittelbehörde EMA hat bereits im Jahr 2023 den Beweis geliefert, dass die Impfungen nicht das bewirken, was ursprünglich versprochen wurde. Stattdessen werden in der Schweiz weiterhin Impfkampagnen (auf Basis der mRNA-Technologie) durchgeführt.

Warum der Notstand weiter bestehen soll – ohne Beweise und ohne Dialog

Was in der Revision des EpG offiziell als «Aufarbeitung» dargestellt wird, ist nichts anderes als eine politische Strategie, um die bestehende Machtstruktur zu zementieren. Die Revision gibt dem Bund weitreichende Befugnisse, Entscheidungen ohne die notwendige Kontrolle durch Parlamente oder die Bevölkerung zu treffen. Die Kantone sollen nur noch als ausführende Organe des Bundes fungieren. Eigentliches Ziel dieser Revision wird sein, einen Präzedenzfall zu schaffen, bei dem der Ausnahmezustand nicht nur auf zukünftige Krisen ausgedehnt, sondern als dauerhaft akzeptierte Rechtsgrundlage eingeführt wird. Sozusagen den Notstand als Normalzustand etablieren.

Ausnahmeinstrumente wie Versammlungsverbote, Quarantänen und die Einschränkung von



ABFSchweiz

Aktionsbündnis freie Schweiz

Grundrechten sollen künftig jederzeit verfügbar sein, auch dann, wenn möglicherweise keine wirkliche Krisensituation vorliegt. Notstandsgesetze, die zu Beginn der Krise als temporäre und aussergewöhnliche Massnahmen eingeführt wurden, sollen nun dauerhaft im Gesetz verankert werden. Der staatliche Zugriff auf individuelle Rechte und Freiheiten wird zum täglichen Werkzeug.

Dieser rechtliche Umbau ist der wahre Grund für die Revision, nicht die Aufarbeitung der Pandemie. Die Machtverlagerung zum Bund, die Zentralisierung der Krisenbewältigung und die Institutionalisierung des Ausnahmezustands sind die wahren «Lehren» aus der Pandemie. Keine Rechenschaft, keine Reflexion, keine Debatte, sondern ein unaufhaltbarer Schritt in die Verstärkung der Kontrolle und Überwachung der Bevölkerung.

Schlussfolgerung: Die Schweiz muss jetzt handeln

Eine echte Aufarbeitung der Covid-Massnahmen muss endlich auch in der Schweiz stattfinden. Nicht nur durch politische Worte, sondern durch eine gründliche, unabhängige Untersuchung der Schäden und eine ehrliche Diskussion über die Auswirkungen der getroffenen Massnahmen.

Zudem stellt sich eine fundamentale Frage: Gab es wirklich eine Covid-Pandemie oder war dies nicht vielmehr eine geplante, inszenierte Test-Pandemie, die genutzt wurde, um Angst zu schüren? Ein Plan, der dann global ausgerollt wurde, um Kontrollmechanismen zu etablieren und die Bevölkerung auf ein neues globales Gesundheitsregime vorzubereiten?

Dass dem tatsächlich so ist, dafür liefert der nun vorliegende Entwurf des revidierten Epidemieggesetzes, die Botschaft zu diesem sowie das Nicht-Wollen einer echten Aufarbeitung durch den Bundesrat den besten Vorschub. Die fehlende kritische Auseinandersetzung mit den Fehlern und den Auswirkungen der Massnahmen schafft die Grundlage für die fortwährende Verfestigung der

Machtstrukturen und die Einführung von Kontrolle und Überwachung als dauerhafte gesellschaftliche Norm.

Ohne eine ehrliche Auseinandersetzung mit dieser Frage droht der schleichende Verlust der Freiheitsrechte und die Schaffung eines permanenten Ausnahmezustands. Für die Schweiz ist es höchste Zeit, Verantwortung zu übernehmen. Nicht nur für die Fehler der Vergangenheit, sondern auch für die Wahrheit hinter den politischen Entscheidungen und für die Zukunft ihrer Demokratie.

Baar, 02.09.2025, das Redaktionsteam ABF Schweiz

Quellen

- (1) Entwurf Änderung EpG vom 20.8.2025: <https://backend.bag.admin.ch/fileservice/sdweb-docs-prod-bagadminch-files/files/2025/08/19/6b70b457-324a-4127-9be0-7ee518b05312.pdf>
- (2) Ergebnisbericht Vernehmlassung EpG: https://www.fedlex.admin.ch/filestore/fedlex.data.admin.ch/eli/dl/proj/2023/50/cons_1/doc_18/de/pdf-a/fedlex-data-admin-ch-eli-dl-proj-2023-50-cons_1-doc_18-de-pdf-a.pdf
- (3) Botschaft Änderung EpG vom 20.8.2025: <https://backend.bag.admin.ch/fileservice/sdweb-docs-prod-bagadminch-files/files/2025/08/19/dc4bd936-25a8-46d9-b513-716a78078dd4.pdf>

Unterstützen Sie uns

Spenden Sie jetzt. Wir danken Ihnen dafür. Ergreifen Sie die Chance, sich heute für die Freiheit der Schweiz und die Wahrung der Rechtsstaatlichkeit einzusetzen.

Sie können direkt auf unser Konto einzahlen:

IBAN CH67 0078 7786 2786 2368 0
Konto-Nr. 78.627.862.368.0

Lautend auf Aktionsbündnis freie Schweiz (ABF Schweiz), 6340 Baar

Betreff/Referenz ABF Schweiz